

Riesner & Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adressen
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Samstagshefte
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 21.

Freitag, 25. Januar 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, des Hauptpostamtes, sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Einzelhefte 5 Pf. Bezugsannahme für die Nummer des Ausgabejahres bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rautenkranzstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Auf Fol. 239 des Handelsregisters für den Bezirk des unterzeichneten Amtsgerichts, die Firma **Pietzmann & Hildebrandt** in Riesa betr., ist heute verlaublich worden, diese Firma künftig

Hildebrandt & Feiste

Königl. Amtsgericht.
Seldner.

Brehm.

Riesa, den 24. Januar 1895.

Die griechische Ministerkrise

war diesmal um so ernsterer Natur, als sie mit der Finanz- und der landwirtschaftlichen Krise zusammenfiel. Delyannis und Trilupis, die sich seit dem Tode Kommanduros von Zeit zu Zeit in der Ministerpräsidentenschaft abwechseln, haben sich nicht nach der Decke zu strecken verstanden und haben das kleine Griechenland in eine Schuldenlast gestürzt, unter der es schwer seufzt. — Aber Herr Trilupis ist ein Mann, der sich zu helfen weiß. Er kann die Zinsen der Staatsschuld nicht zahlen und läßt sich deshalb keine grauen Haare wachsen. Er hat die Deputiertenkammer hinter sich und diese dekretirt frisch weg: „Zinsen giebt es nicht.“ Falls es sich nur um inländische Gläubiger handeln würde, könnte Herr Trilupis damit vielleicht durchdringen; da die griechischen Staatsgläubiger aber in Berlin, Paris, Wien und London sitzen, so ist mit ihnen doch nicht so leicht fertig zu werden. — Für Trilupis war aber noch eine neue Schwierigkeit erwachsen; die eingehenden Steuern reichen nicht nur nicht zur Zinszahlung, sondern nicht einmal zur Befriedigung der dringlichsten laufenden Staatsbedürfnisse. Und da wollte man sich mit einem Oktroi helfen, das sich aber das ohnehin ausgejagte Volk nicht gefallen lassen wollte. Am Sonntag drohte es darüber in Athen zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Anhängern des Ministeriums und den Gegnern zu kommen und da geschah das Ungewöhnliche: der Kronprinz Konstantin, der zugleich der Vorgesetzte eines Kommandanten der hauptstädtischen Garnison bekleidet, ritt mitten unter die auf dem Marksfelde handgemein gewordenen feindlichen Parteien, die beide gleichzeitig Nachmittags Versammlungen veranstaltet hatten, einerseits, um für das neu eingeführte Oktroi, andererseits, um gegen die zu dessen Ertrag bestimmten neuen Steuern sich auszusprechen; der Kronprinz that es, um die Aufgereizten zu beschwichtigen und der Polizei, sowie den von der Regierung ausgetretenen Truppen jedes gewaltsame Eingreifen zu untersagen.

Durch dieses Auftreten war der Kronprinz der Regierungsgewalt Trilupis' in den A. m. gefallen. Trilupis begab sich sogleich, nachdem er Nachricht davon erhalten, zum Könige, um sich zu beschweren, mußte aber erfahren, daß der König den Schritt des Kronprinzen billigte. So blieb dem Minister nichts übrig, als dem Monarchen das Abschiedsgesuch des Gesamtministeriums zu unterbreiten. Die Lage ist so ungünstig wie nur denkbar und der Nachfolger Trilupis' wird eine schwere Stellung haben. Die Staatskassen sind leer, die auswärtigen Gläubiger drängen, die Steuern sind schwer heizutreiben, da die landwirtschaftliche Noth durch den überreichen Ausfall der Korinthenernte auf das höchste gestiegen ist und einen großen Theil der bäuerlichen Bevölkerung an den Bettelstab gebracht hat.

Die landwirtschaftliche Krise hat nach einem Bericht der „Nat.-Ztg.“ folgenden Ursprung: Vor etwa 20 Jahren war im Peloponnes eine kleine Bodenschicht mit Korinthen bepflanzt, und der Preis war im Durchschnitt 150 Franc pro Tonne. Als die Rebblaus in Frankreich erschien und den ganzen Weinbau verdrängte, sah man sich dort auf die Korinthen angewiesen, um überhaupt Wein herstellen zu können. Die große Nachfrage brachte ein entsprechendes Steigen des Preises mit sich, und sofort griff der Eifer für den Korinthenbau so um sich, daß öfter ganze Wälder von Delbäumen etc. ausgerodet wurden, um Korinthen zu pflanzen. Selbst ins Gebirge verlegte sich der Korinthenbau. Aber als Frankreichs Weinbau sich wieder besserte, hörte auch die frühere starke Nachfrage auf, und die Korinthenpreise sanken so tief, daß der Anbau sich nicht mehr lohnte. Von einem Ende des Landes zum anderen ertönte jetzt der Schrei nach Hilfe, nach Rettung des Korinthenbaues. Aber kein Hilfsmittel fand sich, und nachdem der abenteuerliche Vorschlag einer Eingiehung und Vernichtung der Rosinen, um den Preis zu heben, von der Kammer verworfen worden, erreichte die Krise ihren Höhepunkt.

Daß bei dieser Nothlage die Steuereingänge nur sehr knapp sind, ist begreiflich und der Befehl des Königs, bei der Steuererhebung mit aller Milde vorzugehen, ist nicht nur human, sondern auch staatsfug, denn das Gegentheil würde bei dem verarmten Volke die Revolution hervorrufen. Zeigte sich aber bisher noch kein Weg, der landwirtschaftlichen Krise Herr zu werden, so ist auch ebensowenig auf baldige Fällung der Staatskassen und auf Bezahlung der Zinsen für die Staatsschulden zu hoffen.

Die Ministerkrise ist nun inzwischen zwar zur Erledigung gekommen, denn der Telegraph meldet, das Ministerium sei endgültig gebildet und wie folgt zusammengesetzt: „Präsident, Auswärtiges und interimistisch Inneres, Nikolaos Delyannis; Krieg, Oberst Papadimitopulo, Adjutant des Königs; Marine, Schiffskapitän Griesis, Adjutant des Königs; Finanzen, Kostas, Vizepräsident des Rechnungshofes; Justiz, Arvanitinos, Mitglied des Kassationshofes; Kultus, Vlados, ehemaliger Votschafter“; aber die Finanz- und landwirtschaftliche Krise hält unvermindert an und es bieten diese Fragen eine Aufgabe, welche nicht so leicht zu knäuen sein dürfte.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Dem Kaiser ist vom Kaiser von Japan die Kette des Chrysanthemum-Ordens verliehen worden. Wie die „Post“ mittheilt, ist der Kaiser der erste, der sie erhält. Dieser hat sie der Kaiserin von Japan allein getragen.

Die von Berliner Blättern verbreitete Nachricht, der französische Votschafter Herbette würde sich demnächst nach Paris begeben, um mit dem Präsidenten der Republik über die Lage zu konferieren, entbehrt jeder Begründung.

Die „Berl. Neuest. Nachr.“ melden aus Graz: Der große Ausschuß zur Ebrung des Fürsten Bismarck versammelte sich gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters. Mehrere Abgeordnete des Reichsraths und auch der Richter Rosegger waren zugegen. Eine Begrüßung von 150 Grazer Frauen wurde verlesen und mit Jubel aufgenommen. Es wurde die Abhaltung eines großen Festabends und die Ueberreichung eines Ehrengeschenktes durch eine Abordnung beschlossen.

Wie der „Voss. Ztg.“ aus London gemeldet wird, soll Deutschland eine Note an die englische Regierung gerichtet haben, in der gegen eine Weigerung der Delagoa-Bucht durch England entschiedener Protest eingelegt wird. In südafrikanischen Zeitungen wird die Angelegenheit lebhaft erörtert und Deutschlands Auftreten gebilligt.

Ueber den Dreibund bringt der „Hamb. Korv.“ gegenüber Meldungen über eine Zusammenkunft der Minister der Dreibundstaaten behufs Erneuerung der Dreibundverträge eine ersichtlich offiziöse Mittheilung folgenden Inhalts: Die Absicht bei der Verbreitung dieser Nachricht sei anscheinend die, den Eindruck hervorzurufen, als sei die Fortdauer des Dreibundes in Frage gestellt. Der Dreibund erfreue sich aber einer so festen Konstitution, daß er durch Ausstreunungen dieser Art nicht erschüttert werden kann.

In Hoffreisen ist die Meldung verbreitet, Fürst Bismarck beabsichtige, am Sonntag nach Berlin zu kommen, um dem Kaiser zu seinem Geburtstag zu gratulieren; tatsächlich werden hier Dispositionen zum Empfange des Fürsten getroffen.

Die „Voss. Ztg.“ brachte die Nachricht, daß Major von Wismann in Neapel an akutem Gelenkrheumatismus und asthmatischen Anfällen erkrankt sei. Wie Wismann nach Berlin telegraphirt hat, ist diese Nachricht glücklicher Weise ganz falsch, da er lediglich einer leichten Erkältung halber seinen Aufenthalt in Neapel verlängert hat.

Das „Voll.“ erhält von einem in Berlin lebenden Franzosen, der sehr gute Beziehungen hat, folgende Mittheilungen, die er dem Blatte als verbürgt bezeichnet: „Als der Kaiser die Nachricht von Cassimier-Periers Abdankung erhalten hatte, begab er sich demnächst sofort zu dem französischen Votschafter Herbette; es war 9 Uhr Morgens. Herbette war

noch nicht lange aufgestanden und befand sich, als ihm zu seinem nicht geringen Schrecken der hohe Besuch gemeldet wurde, im ersten Anfang der Toilette. Der Kaiser befahl, als ihm dies nothgedrungen gemeldet werden mußte, in liebenswürdigster Weise, Herbette solle keine Umstände machen und kommen, wie er gerade wäre. Er erschien im Schlafrock und mußte sich zunächst einige Sätze über sein Fröhaufstehen gefallen lassen. Dann fragte der Kaiser ernst, was er zu den überraschenden Neuigkeiten gesagt hätte. „Zu welchen?“ entgegnete Herbette erstunnt; „Aun, zu denen aus Paris.“ — „Ich habe die Depeschen noch nicht geöffnet und habe von bedeutenden Neuigkeiten nichts vernommen.“ Sein Entsetzen war groß, als ihm der Kaiser von Cassimier-Periers Abdankung erzählte und die Pariser Depeschen sie bestätigten. Als der Kaiser sich verabschiedete und Herbette ihn das Geleit gab, fuhr er beim Oeffnen der Thür erstickt zurück, denn draußen im Vorzimmer befanden sich nicht nur einige Herren, sondern auch mehrere Damen, denen sich Herbette unumöglich in seinem fragwürdigen Anzug präsentieren konnte. Der Kaiser lächelte und meinte: „Ja, ja, den deutschen Kaiser können Sie im Schlafrock empfangen, bei den Damen ist das natürlich eine andere Sache.“ (?)

Vom Reichstage. Im Reichstage wurde gestern die erste Berathung der Novelle zum Posttarif beendet. Abg. Hitze (Zentr.) trat für die Einführung eines Zolles auf Quebrachholz ein. Abg. Langerhans (freis. Volksp.) erklärte sich gegen diesen Zoll, da durch ihn die Gewerbeindustrie schwer geschädigt würde. Abg. Graf Ranig (kons.) bemängelte die Handelsverträge, insbesondere den Vertrag mit Rußland. Die Parteien sollten sich angelegen sein lassen, die nachtheiligen Wirkungen der Handelsverträge möglichst weit zu machen. Abg. Dresler (nat.-lib.) bestricherte den Quebrachholzzoll, Bundeskommissar Geh. Rath. Penke die einzelnen Positionen der Vorlage. Staatsminister Freiherr v. Marschall betonte, man sollte die jetzige wirtschaftliche Lage nicht den Handelsverträgen zur Last schreiben, denn diese sei auch in anderen Ländern nicht besser, auch in Rußland sei der Getreidepreis beträchtlich gesunken. Abg. Barth (freis. Verein.) sprach sich gegen die Vorlage aus, welche die Stetigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse gefährde. Abgeord. Zusang (Zentrum) sprach, ohne ein abschließendes Wort abgeben zu wollen, sein Einverständnis zu der Vorlage aus. Abg. Freiherr v. Stumm (Reichsp.) verteidigte den Quebrachholzzoll und führte aus, daß der russische Handelsvertrag der Eisenindustrie erhebliche Vortheile gebracht habe. Abg. Hammer (nat.-lib.) erklärte sich für eine Erhöhung des Zolles auf Baumwollensamen. Abg. Möller (nat.-lib.) wies statistisch nach, daß sich in Folge des russischen Handelsvertrages die Ausfuhr unserer Eisenindustrie gehoben habe. Abg. Graf Ranig (kons.) führte aus, es sei zwar richtig, daß die von den Landwirthen Oesterreichs und Rußlands auf unsere Handelsverträge gesetzten Hoffnungen getäuscht worden seien, das liege aber daran, daß wir den amerikanischen Staaten das Weistbegünstigungsrecht zugestanden hätten. Nachdem sich noch der Abg. Barun (Soz.) gegen die Vorlage ausgesprochen, wurde sie einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

England. Ein Mitglied der englischen Regierung hat sich neuerdings wieder über das Thema der Flottenvermehrung vernehmen lassen. Der Staatssekretär des Innern Asquith hielt in Hull eine Rede, in der er ausführte, die Vermehrungen in der Marine seien für das nächste Jahr in größerem und ernsthafterem Maßstabe in Aussicht genommen, als es im vergangenen Jahre der Fall war; sie entsprängen jedoch nicht dem Wunsche, mit den Nationen der Welt in der kriegerischen Ausrüstung zu rivalisiren, sondern dem Umstande, daß die Regierung das Uebergewicht Englands zur See für die Sicherheit des Reiches und für eine bessere Garantie des Friedens für nothwendig erachtet.

Bulgarien. Wie der „N. Fr. Pr.“ aus Petersburg gemeldet wird, beabsichtigt die bulgarische Regierung angeblich die Entsendung des verabschiedeten Obersten Resjalow zum